

jung+liberal

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



Steht zur Wahl!

Sommerfest 2013



Impressionen unseres traditionellen JuLi-Sommerfestes in Berlin, zu dem wir jährlich unsere Unterstützer, Sponsoren und Freunde begrüßen dürfen.



Studis-wählen.de

Auch die Liberalen Hochschulgruppen engagieren sich zu den Bundestagswahlen im Herbst für die liberale Sache. Mit der Kampagne studis-wählen.de informieren die Liberalen Hochschulgruppen zu den wichtigen Themen der Bundestagswahl aus studentischer Perspektive. Für Studierende sind viele Themen von Bedeutung, egal ob es ganz konkret mit dem Studium zu tun hat, wie die Entwicklung der Bologna-Reform, die Zulassungen zum Bachelor und Master oder sich um gute Studienbedingungen dreht, wie eine Finanzierung durch BAföG oder Maßnahmen gegen Wohnungsprobleme: Studierende sind von vielen Politikbereichen direkt betroffen und interessieren sich für noch mehr. Dies möchte studis-wählen.de aufgreifen und Studierenden einen Überblick geben, wie sich die im Bundestag vertretenen Parteien in ihren Wahlprogrammen zu wichtigen Themen für junge Leute positionieren.

Wir freuen uns über liberale Unterstützung. Schaut doch mal bei Facebook vorbei (<https://www.facebook.com/StudisWaehlen>) oder folgt @studis_waehlen auf Twitter und bleibt auf dem aktuellsten Stand.

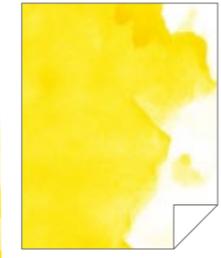
Inhalt 02/2013



4-6
Deine Daten – Deine Freiheit
Grenzen spielen für uns „Neuländer“ keine Rolle mehr. Wir sind keine paranoiden Fortschrittsabs-tinenzler.



7
War doch alles Mist! Das sehe ich anders.
Wir haben viel Gutes für unser Land geschafft, aber es gibt noch mehr zu tun!



8/9
Doppelspitze: Zeiten ändern sich – oder nicht?
Wo stehen wir also heute? Ist eine Fortsetzung dieser schwarz-gelben Koalition sinnvoll?



10/11
R-E-S-P-E-C-T
Gesellschaftliche Liberalität – wie werden wir nicht (nur) als wirtschaftsnah wahrgenommen?

- 2 Kurz und Knapp: Memos aus dem Verband
- 3 Editorial
- 4 Deine Daten – Deine Freiheit
- 7 War doch alles Mist! Das sehe ich anders.
- 8 Doppelspitze: Zeiten ändern sich – oder nicht?
- 10 R-E-S-P-E-C-T
- 12 Frauen für Guido
- 14 Lebe Freiheit! #Sommertour 2013
- 16 Und wofür das alles?!
- 18 Ich sag dir, wie du zu lieben hast!
- 20 Auf eine Dose Ravioli mit Lasse Becker
- 22 Internationale Seiten

Editorial

Liebe JuLis,

Die Zukunft der Freiheit

die Bundestagswahl naht – flankiert vom medialen Sensationsjournalismus, der gerne und häufig das Ende des politischen Liberalismus in Gestalt der FDP proklamiert.

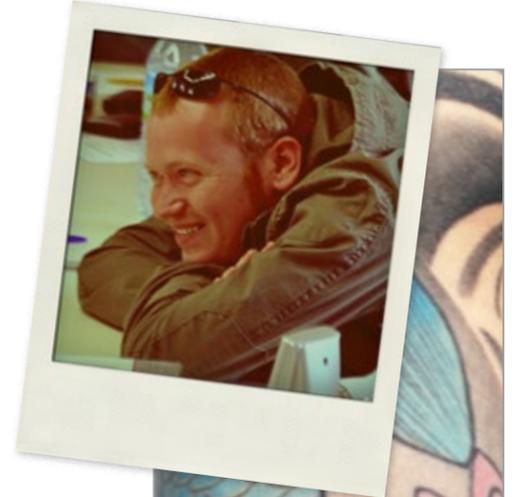
„Die FDP kämpft ums politische Überleben.“

Eine Schlagzeile, die mit schöner Regelmäßigkeit auf das politische Tableau der Bundesrepublik gehievt wird. Nur sterben will diese verdammte FDP irgendwie nie...

Warum es sich auch dieses Jahr unseren Erachtens lohnt, bei den Bundestagswahlen den Liberalen noch eine Chance zu geben, und mit welchen Themen und Strategien wir dies schaffen können behandeln wir in diesem Heft.

Viel Spaß beim lesen wünscht Euch

Euer Michael



Michael im Netz
 e-mail lindner@julis.de
 facebook [mlin83](https://www.facebook.com/mlin83)
 www michael-lindner.info

Deine Daten / Deine Freiheit

Grenzen

spielen für uns „Neuländer“ keine Rolle mehr. Wir sind keine paranoiden Fortschrittsabstinenten. Die digitale Revolution ermöglicht uns eine faszinierende Verwirklichung der „offenen Gesellschaft“, den Austausch von Information und die unzensurable, unmittelbare Kommunikation wie keiner Generation zuvor. Nicht erst die Tyrannen des „Arabischen Frühlings“ zittern zu Recht vor so viel praktischer Freiheit. Jetzt zeigt sich leider, dass auch Demokratien vor denselben Reflexen nicht gefeit sind, besonders in der gefühlten Unsicherheit in Folge von 9/11.

Da wirken die Gesetze, auch das Grundgesetz in ihrer Formulierung und bis dahin scheinbar technologie-neutrale Grundrechte wie das in Artikel 10 GG geregelte „Briefgeheimnis“ wie aus einer anderen Zeit.

Mit der auslaufenden Legislaturperiode kündigt sich ein Generationenwechsel der liberalen Fraktion an, den wir als Junge Liberale programmatisch nutzen müssen. Die Bundestagswahlen 2013 fallen in eine Zeit, in der „Prism“ und „Tempora“ die dagegen fast schon konservativ bieder erscheinende Debatte um die deutsche Vorratsdatenspeicherung in den Medien überschatten und durch ihre karikaturhafte Überzeichnung auch dem letzten Datenschutz-Ignoranten vor Augen führen, dass die lückenlose digitale Überwachung die hässliche Rückseite der glänzenden digitalisierten Gesellschaft ist.

Der technische Fortschritt hat dabei die Legislative längst überholt. Vielleicht wirkte es bisher noch putzig, wenn netzpolitisch verantwortliche Bundespolitiker in völliger Vernachlässigung ihrer Verpflichtung sich weiterzubilden, vom Internet als „Neuland“ oder „Werkzeugkoffer“ sprachen. Das ändert sich spätestens, seitdem die inneren und äußeren Feinde der Freiheit im Auftrag des Staats oder der Unterwelt diese klaffende Wunde für uns schockierender Inkompetenz für ihre zwielichtigen Zwecke ausnutzen. Eindrucksvoll war, wie wirkungslos das parlamentarische Kontrollgremium gegen Prism und Co war. Ist die demokratische Kontrolle unserer gefährlichsten staatlichen Einrichtungen, der Geheimdienste, nur noch eine Farce? Wir Liberale können dies nicht akzeptieren.

Die Enquete-Kommission Internet und Digitale Gesellschaft hat mit vorbildlicher Initiative der FDP-Abgeordneten Jimmy Schulz, Manuel Höferlin und Sebastian Blumentahl bereits einiges in diese Richtung

angestoßen. In der nächsten Legislaturperiode ist es höchste Zeit, dass die gesammelten Ideen umgesetzt werden. Es ist ein Anachronismus, wenn wir immer noch Staatssekretäre und andere führende politische Entscheidungsträger haben, die es für überflüssig halten, den Dialog mit den Bürger über das Netz zu suchen.

Mehr Transparenz in der Politik war seit Jahren unsere Forderung als JuLis: Staatliche Strukturen in einer Demokratie müssen transparent in ihrem Handeln gegenüber uns Bürgern sein. Am Ende zählen dazu auch die Geheimdienste, die im Auftrag des Volkes agieren.

Bisher verpflichten diese die Telekommunikationsunternehmen zum Stillschweigen darüber, ob und welche persönlichen Daten angezapft werden. Sogar gegenüber unserer Regierung und unserem Parlament. Die Grundlage für jede demokratische Kontrolle wäre dagegen eine Veröffentlichungspflicht für das Aufstellen von Abhörschnittstellen bei Kommunikationsanbietern.

Wir sollten Otto Schily, dem Law-and-Order Politiker der SPD und Schöpfer des geltenden Überwachungspakets der „G10-Gesetze“ für seine entlarvende Offenheit dankbar sein, wenn er heute im Interview erklärt, er könnte die „Empörung“ über die Überwachung von GCHQ und NSA nicht verstehen. Deren Komplettspeicherung wäre seiner Meinung nach auch bei uns von G10 und der Vorratsdatenspeicherung gedeckt.

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) spricht in dieser Legislaturperiode sogar von einem „Supergrundrecht Sicherheit“. Bei solchen Wertemaßstäben können wir uns als Liberale glücklich schätzen, dass wir mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eine Bundesministerin stellen, die die „Vorratsdatenspeicherung“ quasi im Alleingang verhindert hat. Wir können uns darauf verlassen, dass das Thema wieder kommt.

Schütz Dich selbst!

Auch ohne NSA und Co kann im Netz jeder Deine Mails mitlesen. Dabei gibt es ein paar kostenlose und teilweise offene Tools, die jeder verwenden kann. Setze auf GPG/PGP zum Verschlüsseln Deiner Mails. Verwende Jitsi statt Skype. Whatsapp liest Deine Kontaktdaten aus und verschlüsselt nichts. Threema könnte eine, allerdings ebenfalls kostenpflichtige, Alternative mit Verschlüsselung werden. Lade nur öffentliches auf Deine Dropbox oder verschlüssele sie zusätzlich. Genauso bei Google-Diensten. Verschlüssele Deine Festplatte und schalte Passwörter auf Rechnern und Handys ein.

G10-Gesetz

Das „G10-Gesetz“ steht für die weitgehend ignorierte Erosion der Bürgerrechte und Privatsphäre. Es definiert die Zugriffsmöglichkeiten der Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden am Brief-Post- und Fernmeldegeheimnis in Artikel 10 GG vorbei. Es wurde 2001 novelliert und die Zugriffsrechte wurden erheblich erweitert. Unternehmenschefs wie der Telekom-Vorstandsvorsitzende René Obermann blocken derzeit jedes Interview mit Verweis auf die Verpflichtung im Rahmen des G10-Gesetzes mit den Behörden zu kooperieren ab.



Selbst in der aufgeheizten Stimmung um Tempora proklamiert die Union einfach mal die Umbenennung in „Mindestspeicherfrist“. Dagegen gilt es, dass die FDP in den hoffentlich nach der Wahl erreichten Koalitionsverhandlungen auf keinen Fall nachgibt.

Die gefährlichste Wirkung auch nur mutmaßlich lückenloser Überwachung ist die Schere im Kopf. Keine Zensur könnte effektiver sein. Wo der Staat uns nicht hilft oder nicht helfen kann, liegt es an uns als sicherheitsbewussten datenschutzbewussten Bürgern, uns selbst zu helfen. Es kostet nichts, nur ein wenig Bequemlichkeit, Emails und wichtige Dateien zu verschlüsseln. Wir haben bei JuLis und FDP begonnen, mit „Cryptopartys“ das Wissen um diese Methoden zu verbreiten. Wir geben nicht unserer politischen Ziele auf, indem wir selbst Privates verschlüsseln. Wenn es eine positive Folge des Überwachungsskandals gibt, dann die neu erwachte Sensibilität und die schlagartige Frustration grenzenlosen Vertrauens gegenüber den Anbietern von Internet, Emails, Social Networks und Webservices. Das Internet und Emails alleine waren nämlich nie dafür konstruiert, einen vertraulichen Kommunikationskanal für geheime Informationen herzustellen.

Auf internationaler Ebene muss Deutschland sein Gewicht als Wirtschaftsmacht in die Waagschale werfen. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat angekündigt, durch ein Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 nun einen neuen gemeinsamen Rahmen für zulässige Eingriffe finden zu wollen. Das ist ein richtiger Schritt. Aber was sind die Folgen, wenn sich ein Staat nicht daran hält? Gegen einen EU-Mitgliedsstaat wie das Vereinigte Königreich kann jeder von uns eine Vertragsverletzungsbeschwerde bei der Europäischen Kommission einreichen. Aber wer ist international zuständig?

Es ist notwendig, die Rechte und Pflichten unserer Geheimdienste anzupassen und innerhalb der EU unsere Standards auf Basis der bestehenden Verträge noch einmal zu diskutieren.

Es geht im negativen Sinne nicht, dass Deutschland sich an Überwachungssystemen beteiligt, die dem Grundgesetz widersprechen. Aber der Staat hat im positiven Sinne auch die Pflicht und das Recht, uns Bürger aktiv vor dem Eingriff Dritter in unsere Privatsphäre zu schützen, ob vor privaten oder staatlichen Akteuren.

Als wir in der FDP das Wahlprogramm für die Bundestagswahl entwickelt haben, sind wir davon ausgegangen, dass die Überwachung durch Geheimdienste nur auf Grundlage geltender Gesetze stattfindet. Unsere Forderungen für Bürgerrechte waren auf dieser Basis solide. Es liegt an uns, den klaren Schutz unserer



Themenplakat mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Bürgerrechte über die konkreten Forderungen hinaus auszuliegen und auch in Zukunft das bürgerrechtliche Korrektiv für die überbordenden sicherheitspolitischen Forderungen von CDU/CSU zu bleiben.

Die Grundrechte sind nicht relativierbar und Sicherheit bleibt auch im Zeitalter der digitalen Gesellschaft ein Mittel zum Zweck der Freiheit. Nicht umgekehrt.

Arian Kriesch (30) Physiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am MPI für die Physik des Lichts. Mitglied im Präsidium der FDP Bayern.

e-mail kriesch@julius.de
twitter [freiheitsfreund](#)
web www.arian-kriesch.de



Thomas Möhle (24) Student, Leiter des Bundesarbeitskreis Internet und Medien, stv. Landesvorsitzender der JuLis Niedersachsen

e-mail mail@tmoehle.de
facebook [tmoehle](#)
web alpha.app.net/tmoehle



War doch alles Mist!

!

Das sehe ich anders!

Ja, die Anfangsphase der Regierungskoalition fühlte sich nicht so sehr nach Flitterwochen an wie wir es nach der schwarz-gelben Wunschhochzeit gehofft hatten. Und ja, wir haben Fehler gemacht. Es hatte auch seine Gründe, warum es vier JuLis waren, die diesem Koalitionsvertrag nicht zugestimmt haben. Aber NEIN: Es war nicht alles Mist. Ganz im Gegenteil.

Hätte man mich 2009 gefragt, ob es am Ende der Legislaturperiode noch die Wehrpflicht gibt, hätte ich wohl ja gesagt. Machen wir uns nichts vor: Ohne die FDP wäre die Wehrpflicht wohl nie aufgegeben worden, in einer großen Koalition sicherlich nicht.

In den vergangenen vier Jahren haben mir Piraten und Grüne immer wieder vorgeworfen, dass die FDP beim Thema „Vorratsdatenspeicherung“ in dieser Legislaturperiode sicher umfallen werde. Diese Ankündigung habe ich zeitweise fast monatlich gehört. Und? Heute gibt es immer noch keine Vorratsdatenspeicherung und selbst die wenigen Befürworter sehen spätestens nach PRISM und TEMPORA ein, dass dies richtig war. Es gibt kein ELENA mehr und ACTA wurde blockiert. Die Netzsperrungen wurden abgeschafft.

Das man deutschlandweit mit einem Fernbus günstig von A nach B kommt und sich diese Alternative zur Bahn so schnell durchgesetzt ist ein Musterbeispiel für den liberalen Wettbewerbsgedanken, der den Verbrauchern genutzt. Auch das hätte keine andere Regierung durchgesetzt. Genauso wenig wie die ersten kleine Schritte in Richtung des Liberalen Bürgergeldes in Form der Erleichterung des Zuverdienstes für Arbeitslose.

Wer von uns hätte am Anfang der schwarz-gelben Regierungszeit gedacht, dass wir am Ende zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen würden? Dass im Koalitionsvertrag zu wenig Sparwille verpflichtend festgelegt war, war für mich einer der Gründe, warum ich dem nicht zugestimmt habe. Die wichtigsten Erfolge dieser Koalition standen aber allesamt nicht im Koalitionsvertrag, vom ausgeglichenen Haushalt über die Aussetzung der Wehrpflicht bis hin zum Schutz der Bürgerrechte. Man kann nicht alle politischen Herausforderungen vorhersehen, deswegen brauchen wir eine Regierung, die sich auf die richtigen Prinzipien stützt.

Manchmal hätte ich mir mehr erhofft – gerade in der Anfangsphase. Insgesamt waren es aber vier gute Jahre für Deutschland. Wer davon nicht überzeugt ist:

Hätte die Große Koalition einfach weiter regiert, dann hätten wir heute wohl Eurobonds. Darüber hinaus wären Netzsperrungen und die Vorratsdatenspeicherung sicher wieder eingeführt worden. Der Haushalt hätte ein riesiges Loch und wir würden fleißig neue Schulden auftürmen. SPD und Union hätten sich bei der Abschaffung der Wehrpflicht blockiert und über Zuverdienstgrenzen und Fernbus-

liberalisierung wäre nie gesprochen worden, stattdessen gäbe es deutschlandweit einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Rückkehr zur Rente mit 65.

Klar gibt es nach wie vor viel zu tun. Wir brauchen die Subventionsbremse, um auch wirklich Schulden abzubauen und den Haushalt zu sanieren. Wir brauchen grundsätzliche Reformen bei Rente und Pflege, um unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig zu machen. Und wir brauchen Freiheitsliebe, damit wir nicht überwacht und bevormundet werden. Wir brauchen Liberale, die den Bürger sowohl gegen schwarze Überwachungsphantasien à la Vorratsdatenspeicherung als auch gegen Grüne Reglungswut wie Essensvorschriften schützen.

Deshalb sage ich nach vier Jahren wirklich überzeugt: Wir haben viel Gutes für unser Land geschafft, aber es gibt noch mehr zu tun!

Four more years. Nur mit uns.

Lasse Becker (30) ist Bundesvorsitzender der JuLis und Promotionsstudent.

e-mail becker@julius.de
twitter [lassebecker](#)
facebook [lassebecker](#)
web www.lassebecker.de



Zeiten ändern sich – oder nicht?

Viele werden sich nicht erinnern, doch es gab in der jüngeren Vergangenheit schon einmal eine Regierung, deren erste Legislatur misslang und die dann nicht nur wieder gewählt wurde, sondern Deutschland ein ganzes Stück weiter gebracht hat. Wir brechen daher in unserer Kolumne heute zu einer Geschichtsstunde auf.

Am Ende der Amtszeit der ersten rot-grünen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik war man sich sicher, dass es 2002 zu keiner zweiten Amtszeit kommen würde. Zu viel Chaos, nichts erreicht, Schulden angehäuft und am laufenden Band Minister ausgetauscht. Die Regierung Schröder galt als gescheitertes Projekt, schon bevor es richtig losging.

Gleich zu Beginn warf Oskar Lafontaine mit einem großen Knall neben seinem Posten als Finanzminister auch den SPD-Parteivorsitz samt Parteibuch hin. Nachdem im Wahlkampf suggeriert wurde, zwischen Lafontaine, Scharping und Schröder passe kein Blatt Papier, zerbrach nicht nur eine Männerfreundschaft, sondern die SPD gleich mit. Lafontaine indes machte die Beleidigung perfekt, indem er zur neu gegründeten WASG, der späteren Linkspartei, wechselte. Als Ersatz wurde ausgerechnet der in Hessen abgewählte Hans Eichel rekrutiert. Vom Image der zerstrittenen Gurkentruppe kam die Regierung nicht mehr los.

Um keine Langeweile aufkommen zu lassen, tauschte Schröder den Kanzleramtsminister aus. Der Verkehrsminister wechselte gleich zweimal, bevor es 2001 erneut richtig krachte und im Rahmen der Affäre um den Rinderwahn sowohl Andrea Fischer als auch Karl-Heinz Funke ihren Hut nehmen mussten und Ulla Schmidt und Renate Künast als neue Ministerinnen präsentiert wurden.

Wirklich peinlich wurde es, als Rudolf Scharping sich mit Gräfin Pilati auf Mallorca beim Liebes-Planschen ablichten ließ und später über eine Finanzaffäre stolperte. Davor hatte ihn nur der 11. September gerettet, weil die Welt so zunächst anderes zu tun hatte. Zu guter Letzt musste Herta Däubler-Gmelin nach einem Hitler-Vergleich den Platz als Justizministerin räumen.

Doch wie so häufig lebten Totgesagte länger, das Udenkbare trat ein und die rot-grüne Bundesregierung wurde im Amt bestätigt. In der zweiten Amtszeit stemmte die Regierung mit den Hartz-Reformen die seither umfassendste Reform unserer Sozialsysteme. Wenn Deutschland heute als wirtschaftspolitischer Musterschüler gilt – mit einem Arbeitsmarkt, um den uns die Welt beneidet –, dann liegt das zu einem Gutteil auch an den Leistungen der Regierung Schröder II.

Schauen wir nun auf unsere eigene, wirklich nicht vollends geglückte Legislaturperiode zurück, drängen sich manche Vergleiche auf. Auch

in den vergangenen vier Jahren mussten ungewöhnlich viele Minister ihre Posten räumen.

Begonnen hat es mit Franz-Josef Jung, der nach einem Luftangriff bei Kunduz seinen Hut nehmen musste und zu diesem Zeitpunkt schon Sozialminister war. Ihm folgte Ursula von der Leyen, was mit Kristina Schröder eine neue Familienministerin notwendig machte.

Anfang 2011 fiel zu Guttenberg über eine Promotionsaffäre und wurde durch de Maizière ersetzt, der seinerseits bis dahin Innenminister war und in dieser Funktion in Hans-Peter Friedrich seinen Nachfolger fand. Querelen innerhalb unserer eigenen Partei führten zu einem Wechsel an der FDP-Spitze und bei unseren Bundesministern. Philipp Rösler wurde anstelle von Rainer Brüderle zum Wirtschaftsminister; mit Daniel Bahr als neuem Chef des Gesundheitsressorts wurde erstmals ein JuLi Bundesminister.

Nun hofften wir auf Ruhe. Doch in NRW kam es zu Neuwahlen und Norbert Röttgen stellte sich mit seiner Landespartei so unglücklich an, dass auch er als Minister untragbar schien. Somit musste für die Umwelt ein Neuer her und Peter Altmaier wurde rekrutiert. Anfang 2013 kam es erneut zu einem Plagiatsskandal und Annette Schavan machte für Johanna Wanka Platz. Hitlervergleiche und Schwimmbeckenfotos wurden zwar ausgelassen; ansonsten wurden die Minister in den vergangenen vier Jahren jedoch ähnlich häufig getauscht, wie einst unter Fischer und Schröder.

Und auch inhaltlich lag einiges im Argen. Aus der versprochenen deutlichen Entlastung der Bürger wurde erstmal nichts. Die Regierung zeigte sich zu Beginn gelähmt von Misstrauen auf beiden Seiten und vor allem von der Angst vor der nahenden Landtagswahl in NRW. Auch danach fehlte der Schwung – zumal die Wartezeit die schwarz-gelbe Landesregierung nicht retten konnte. Als langsam etwas Ordnung in die Reihen der Regierung kam, versetzte ihr die Staatsschuldenkrise mitsamt der Euro-Stabilisierungsmaßnahmen einen Schlag, der bis heute die politische Debatte im Land bestimmt.

Wo stehen wir also heute? Ist eine Fortsetzung dieser schwarz-gelben Koalition sinnvoll? So mancher politischer Kommentator in Berlin verzweifelt derzeit an den Umfrage-

werten. Wie kann es sein, dass ausgerechnet diese Koalition noch einmal das Vertrauen der Bürger erringen könnte? Doch da tut sich eine weitere historische Parallele auf: Bei der Bundestagswahl 2009 gab es zwei nach strengen Kriterien als realistisch einschätzbare Szenarien: Große Koalition oder Schwarz-Gelb. Genauso sieht es derzeit aus. Auch 2009 war jede Stimme für eine andere Partei als die FDP eine Stimme gegen die Bürgerrechte. Dass Angela Merkel und die Union weiterregieren werden, ist hoch wahrscheinlich.

Dass weder SPD noch Grüne den Bürgerrechten eine sonderlich hohe Bedeutung zumessen, haben sie auf unterschiedliche Weise unter Beweis gestellt. Sie haben im Bund die Vorratsdatenspeicherung eingeführt und fordern als grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg deren Wiedereinführung. Bei den Grünen haben es die Bürgerrechte in einem bundesweiten Mitgliederentscheid nicht einmal unter die neun wichtigsten Wahlkampfthemen geschafft. Die SPD macht keinen Hehl daraus, dass sie sich von der Law-and-Order-Doktrin à la Schily keineswegs verabschiedet hat. Die effektive Wirkung von Stimmen an „Wahlalternativen“, die den Sprung in den Bundestag deutlich verfehlen dürften, geht gegen Null.

Bleiben noch die Liberalen. Die FDP. Eine Partei, die sich mehr vorgenommen hatte. Eine Partei, die sich über verpasste Chancen selbst am allermeisten ärgert. Aber eben auch eine Partei, die CDU/CSU nicht nur beim Thema Innere Sicherheit und Überwachung Paroli bietet, sondern zum Garant für solide Staatsfinanzen geworden ist, wenn von der Leyen und Co. meinen, sich als barmherzige Kümmerer aufspielen und die Früchte von Agenda 2010 und Aufschwung verfrühstücken zu können. Wir werden am 22. September 2013 genau diese Partei wählen. Mit beiden Stimmen.



» Doppelspitze

In der Kolumne „Doppelspitze“ schreiben Eva und Hanni ganz persönlich, kantig, spitz und provokant zu aktuellen oder grundsätzlichen Themen.

Johannes (Hanni) Wolf war Pressesprecher der Jungen Liberalen auf Bundesebene.

Eva Christina Scharbatke war Programmleiterin der Jungen Liberalen in Hessen.

R/E/S/P/E/C/T

Gesellschaftliche Liberalität – wie werden wir nicht (nur) als wirtschaftsnah wahrgenommen?

Freiheit ist das Lieblingsschlagwort der JuLis und der FDP. Und während man bei den JuLis persönliche Freiheit gut leben kann, scheint es Außenstehenden manchmal, als glaube die bürgerlich-mainstreamige Partei mehrheitlich an genau eine Interpretation dieses Begriffes. Jeder, der schon mal auf verschiedenen Ebenen der Partei aktiv war, kennt diesen Effekt: Komm' zu einer Veranstaltung im Anzug, und Du wirst ernst genommen. Triff die gleichen Leute zu häufig bei ähnlichen Anlässen in Jeans und T-Shirt und Du bist für sie nur noch halb so kompetent. Zumindest, wenn Du irgend eine offizielle Funktion oder gar einen Vorsitz ausübst.

Der gemeine FDPler, so scheint es, hat ein Bild im Kopf, wie seine Politiker auszusehen haben. Und da gehört business attire einfach zu. Das wäre an und für sich noch nicht schlimm, würde man sich nicht dadurch bewusst von anderen gesellschaftlichen Gruppen abzugrenzen versuchen.

Chain Of Fools

Wer aber die Freiheit befördern will, der sollte sich nicht durch seinen Habitus dem Verdacht aussetzen, Freiheit nur für seine vermeintlich eigene gesellschaftliche Gruppe einzufordern. Freiheit gilt eben nicht nur für den Mittelstand. Und eine Organisation ist noch nicht deswegen automatisch offen für verschiedene Lebensentwürfe, nur weil sie sich für Schwule und das Homo-Splitting einsetzt.

Nein, werden jetzt manche Parteifreunde einwenden, so schlimm sei das ja alles nicht. Jeder könne doch kommen wie er wolle, leben wie er wolle, werde mit offenen Armen empfangen.

Diesen Leuten empfehle ich dringend einmal ein Gespräch über alternative Lebens- und Liebesmodelle mit einem nicht bei den JuLis sozialisierten FDPler oder einen Redebeitrag auf dem Bundesparteitag im Polo-Shirt. Die Missbilligung im Nachhinein wird spürbar sein. Keine Missbilligung des Verhaltens an sich, sondern vielmehr eine Missbilligung, dass der vorherrschende Stil, das imageprägende Look-and-Feel nicht beachtet wurde. Außerhalb einer Parteiveranstaltung würde das Diskutieren alternativer Beziehungsmodelle oder das Tragen eines Polo-Shirts wohl kein FDP-Mitglied stören.

THINK

Was aber ist das Ergebnis dieser informellen Regeln? Viele passen sich dem Parteistil aus Praktikabilitätsgründen an, leben nur bei den JuLis wirklich ihre Freiheit. Andere gefallen sich zunächst in der Rolle der Vorzeigerenegaten, nur damit man sie wenige Jahre später angesichts einer weichgespülten Kompletterwandlung kaum wiedererkennt.

Aber auch innerhalb der JuLis gibt es natürlich eine gewisse Orthodoxie. Zwar ist die Akzeptanz anders denkender und handelnder Mitglieder hier um Klassen höher als bei manch' verschnarchtem FDP-Ortsverband. Inhaltliche Häresie wird aber doch auch hier kritisch beäugt.

Freiheit aber ist nicht nur ein Recht, Freiheit ist vor allem auch ein Prozess. Wenn die liberale Familie Freiheit immer nur beschwört, nicht

jedoch in voller Konsequenz im täglichen Umgang miteinander lebt, dann leidet darunter nicht nur das einzelne Mitglied, sondern letztlich auch unsere Glaubwürdigkeit. Nicht jeder fühlt sich vom bürgerlichen Mainstream – oder dem, was die FDP fälschlicherweise manchmal dafür hält – angezogen. Unsere Zielgruppe ist eben keine homogene Gruppe – unsere Zielgruppe sind einzelne Individuen.

Daher müssen wir – und das gilt insbesondere auch jetzt für den Wahlkampf – deutlich grundsätzlicher transportieren, worum es uns geht: Organisierter Liberalismus und das Eintreten für Freiheit ist eben mehr als die Zustimmung zum tagespolitischen Kurs der FDP. Diese ist sogar entbehrlich. Es geht nicht darum. Es geht um Werte, um eine Geisteshaltung.

Nicht in jeder Frage muss man als Wähler also mit der FDP übereinstimmen. Aber wenn man eine Gesellschaft möchte, in der jeder akzeptiert wird, in der Menschen nach ihrer eigenen Überzeugung ihr Glück verfolgen dürfen, in der nicht anderen die Moralvorstellungen einer kleinen Gruppe oder auch der Mehrheit aufgezwungen werden, der muss FDP wählen.

Die FDP ist – trotz der eingangs beschriebenen Probleme – die einzige Partei, die aufgrund ihrer Ideologie, ihres Menschen- und Gesellschaftsbildes aus Überzeugung dafür eintritt, dass jeder nach seiner Façon glücklich werden kann. Denn Liberalismus ist letztlich Respekt vor den Entscheidungen, Träumen und Fähigkeiten des anderen.

Manch' ein älterer FDPler muss gelegentlich daran erinnert werden, dass dies eben vielleicht nicht immer im beschaulichen Mittelstand in traditionellen Beziehungsformen der Fall ist. Das ist Aufgabe der JuLis. Und mancher Wähler muss daran erinnert werden, was Liberalismus letztlich heißt und warum er ihn vermutlich doch gut findet. Auch das ist Aufgabe der JuLis.

Ain't Nothing Like The Real Thing

Wenn wir also für eine bunte, offene und vielschichtige Gesellschaft eintreten, dann dürfen wir nicht so tun, als kämen alle Mitglieder aus der gleichen sozialen Schicht. Oder als müsste man eine bestimmte Kleidung tragen, um dazu gehören zu dürfen. Street cred bekommt die FDP erst, wenn auch nach außen sichtbar ist, dass hier unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Berufen, Träumen und Lebensgeschichten zusammenkommen, um gemeinsam für unser aller Freiheit zu streiten.

Es gibt wenig, das einen Mann so gut kleidet wie ein schneidiger Anzug. Aber weder Satzung noch Geschäftsordnung knüpfen das Rederecht auf Parteiveranstaltungen an einen solchen.

Alexander Plahr (33) ist Spitzenkandidat der JuLis NRW zur Europawahl und ehemaliger Vorsitzender unseres Europaverbandes LYMEC.

e-mail plahr@julis.de



„Wir wollen doch Frauen ansprechen, oder? Dann müssen wir auf jeden Fall den pinkfarbenen Flyer nehmen!“ Den Satz sagte ein Kreisvorstandsmitglied eines großen Kreises in NRW, als Werbemittel für den Bundestagswahlkampf bestellt wurden. Gemeint war die Karte mit dem Tagebuch und dem Spruch „Funktioniert leider nur beim kleinen Bruder“. Was in dem Moment gar nicht böse gemeint war und bei allen Anwesenden Lachen auslöste, umschreibt recht gut die aktuelle Geschlechterlage bei den JuLis.

Die originären liberalen Themen wie Wirtschafts- und Finanzpolitik oder Bürgerrechte sollen – angeblich – abschreckend auf Frauen wirken. Das führt dazu, dass wir Frauen einen Anteil von gut 20% bei den JuLis ausmachen, wohingegen der weibliche Anteil an der deutschen Bevölkerung bei 50,9% (Quelle: Statistisches Bundesamt) liegt. Die meisten weiblichen JuLis studieren – zumindest dem Empfinden nach – Jura oder Wirtschaftswissenschaften. Und sind damit „Experten“ in den originären liberalen Themen.

Auch Peter Schröder, Strategieberater und Referent der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist der Meinung, dass wir JuLis vor allem junge Frauen als Zielgruppe ansprechen sollten. „Die JuLis müssten der Partei auch dabei helfen, mehr Frauen in die Partei zu bringen. Da gibt es ein großes Defizit, das wir aufarbeiten müssen. Nicht nur, dass die Frauen in die Partei eintreten, sondern dass sie sich auch in der Partei wohlfühlen und dann auch Aufstiege machen“, sagte Schröder kürzlich in einem Interview mit dem Julimagazin der JuLis NRW.

Der Bundesvorstand und auch verschiedene Landesverbände machen sich immer wieder Gedanken dazu, wie man Frauen für die liberale Sache begeistern kann. Mal werden spezielle „Frauentreffen“ geplant, die aber bei den meisten Frauen auf wenig Gegenliebe stoßen, mal Werbemittel entworfen. Dann sollen die Themen weiblicher werden. Oder eine Facebook-Werbung geschaltet werden, die zum Beispiel Quotengegnerinnen ansprechen soll.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine kleine Gruppe weiblicher (Neu)Mitglieder, die ungefähr im gleichen Alter sind. Zusammen machen sie die JuLi-Veranstaltungen unsicher und

bringen frischen Wind herein. Sie bereichern die Vereinsarbeit, wie es eine einzelne Person, egal ob Mann oder Frau, wahrscheinlich nicht schaffen könnte. Manchmal kommt es einem so vor, als könnten die Frauen für Guido, wie sie sich nennen, alles erreichen, was sie nur wollen und manche ältere Frau wünscht sich, selbst so ein – wenn auch noch recht kleines – Netzwerk zu haben. Was die Verbindung der Mädels so erfolgreich macht, ist aus liberaler Sicht sehr erfreulich: Sie haben nie an einem der ominösen Frauentreffen teilgenommen, sondern haben sich beim Neumitgliederseminar kennengelernt und sich gegenseitig „auserwählt“.

Innervorbundlich sollten wir Frauen uns auf jeden Fall ein Beispiel an den Frauen für Guido nehmen und viel öfter und offener aufeinander zu gehen. Denn Hand auf’s Herz: Auch bei den JuLis ist es nicht selten, dass sich Frauen erst einmal gegenseitig mustern oder über eine andere gelästert wird.

Ähnliches sollte auch für den Wahlkampf gelten. Bekannterweise ist das die Zeit, in der an Infoständen und bei sonstigen Wahlkampfaktionen schon einmal das ein oder andere Neumitglied geworben wird. Und bei 32 Millionen wahlberechtigten Frauen gegenüber 30 Millionen wahlberechtigten Männern (Quelle: Spiegel) ist es doch nur sinnvoll, vor allem junge Frauen anzusprechen. Aber wie? Mit rosa-farbenen Tagebuch-Flyern?

Flyer sind in so einer Situation eher zweitrangig. Wichtig ist, dass WIR JuLis junge, interessierte Frauen ansprechen, und das nicht den älteren Herren der FDP überlassen. Es ist viel erfrischender, von einem Gleichaltrigen angesprochen zu werden als von einem älteren Mann in Anzug und Krawatte, dessen Lebensrealität zumeist weit entfernt ist von der einer jungen Frau.

Ein weiblicher JuLi an jedem Infostand ist wahrscheinlich eine Wunschvorstellung, wäre aber wünschenswert. So sehen Interessentinnen, dass es durchaus auch bei uns engagierte Frauen gibt, die sich einbringen und eventuell als Vorbild dienen können. Hier sollte natürlich wieder gelten, dass man offen auf „die Neue“ zugeht und vor allem: auf sie eingeht.

Und liebe männlichen JuLis, bitte stürzt euch nicht direkt auf (potenzielle) weibliche Neumitglieder. Es gibt viele Frauen, die eine Annäherung mit einem flapsigen Kommentar abbügeln und sich nicht weiter daran stören. Genau so gibt es aber auch Mädels, die damit nicht so gut klar kommen. Passiert das zwei, dreimal, kommen sie in vielen Fällen nicht wieder. Also seid Gentlemen, begrüßt sie höflich, bindet sie ein, aber lasst die Finger weg.

Frauen interessieren sich übrigens auch für Bürgerrechte und Wirtschaftspolitik und nicht nur für #aufschrei-Themen. Ein Blick in meine Facebook-Timeline zeigt nämlich viel mehr empörte Posts von Frauen zur aktuellen Prism-Affäre um die NSA als zu #aufschrei vor einigen Monaten.

Verpackt man die Themen ansprechend und witzig, wie beispielsweise mit dem rosafarbenen Flyer (in der Tat war auch ich entzückt davon), ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass man die Frauen anspricht, die liberal denken.

Lisa Rossel (24), KV Köln, Chefredakteurin des Julimagazins in NRW, Schülerin an der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft.

e-mail rossel@julis.de

twitter [lisarossel](https://twitter.com/lisarossel)





Der Biertest

Lasse und Alex haben auf ihrer #sommertour2013 jeden Abend - mit einer Ausnahme - ein regionales Bier getestet und dafür Noten auf einer Skala von 0-10 abgegeben.

Ort/Datum	Marke	Lasse	Alex	Gesamt
Ulm 01. Juli	Berg Original	6	5	11
München 02. Juli	Hacker-Pschorr	9	8	17
Frankfurt/M 03. Juli	Äpfelwoi	5	2	7
Münster 04. Juli	Kronen	4	5	9
Köln 05. Juli	Kölsch	7	4	11
Warnemünde 08. Juli	Rostocker	8	8	16
Hannover 09. Juli	Gilde Ratskeller	6	5	11
Erfurt 10. Juli	Christoffel	3	3	6
Berlin 11. Juli	Berliner Kindl	5	7	12

Knapp gewonnen haben die Münchner, dicht gefolgt von Warnemünde und Berlin.

Zwei Wochen #Sommertour2013: Viel Inhalte, motivierte JuLis und 5.575 Kilometer

Nach 5.575 Kilometern quer durch Deutschland ist es Zeit ein Fazit unserer #Sommertour2013 zu ziehen: Wir, Lasse und Alex waren zwei Wochen von Redaktion zu Redaktion durch ganz Deutschland im Camper unterwegs. Im Rahmen der Sommertour 2013, der du auf Twitter und Facebook unter #Sommertour2013 folgen konntest, wurden unsere JuLi-Inhalte und die Kampagne bei Regionalzeitungen im ganzen Land mit Interviews und Pressegesprächen dargestellt. Nach einem Abstecher von Lasse zum LPW der JuLis Baden-Württemberg startete die Tour beim Südkurier in Konstanz und ging weiter über die Schwäbische Zeitung, die Südwestpresse, die Mittelbayerische

Zeitung, die Fuldaer Zeitung/Move36, die Westfälische Nachrichten, das Hamburger Abendblatt, die Ostseezeitung und die Leine-Zeitung, die Thüringer Allgemeine und dem Tagesspiegel - sowie telefonisch mit der Rheinischen Post. Daneben gab es noch Hintergrundgespräche mit der Süddeutschen Zeitung, der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen, dem Darmstädter Echo, der Freien Presse in Chemnitz und einigen Radio- und Fernsehformaten. Alle Interviews und Artikel findest Du in unserem Online-Pressespiegel auf www.julis.de. Auch darüber hinaus hatten wir diverse Anfragen und wurden über die Veröffentlichungen während der Sommertour in vielen weiteren Me-

dien (Welt, Spiegel-Online, Märkische Allgemeine...) erwähnt. Auch weitere Pressetermine haben sich ergeben, denen wir in den kommenden Wochen nachkommen werden. Zwischendrin ging es auf der Sommertour immer mit den örtlichen JuLis - vom Ulmer JuLi-Lauftreff über eine Diskussionsrunde in München bis hin zum Stammtischen in Frankfurt und Münster/Osnabrück oder Deutschlands größtem CSD in Köln, sowie den Wahlkampfplanungen - weiter. Die Sommertour war dieses Jahr deutlich inhaltlicher und durch Gespräche mit Chefredakteuren und Politikchefs besser besetzt als in den vergangenen Jahren, auch wenn es aufgrund der Wahlkampf-

zeit ein paar weniger Termine als bisher waren, weil die Redaktionen mehr als ausgelastet waren. Alles in allem war die Sommertour ein voller Erfolg: Zahlreiche Veröffentlichungen, ein großes Camping-Abenteuer mit Pleiten, Pech und Pannen und viele schöne Begegnungen mit JuLis überall in Deutschland. Ein gelungener Auftakt in den Bundestagswahlkampf 2013! Solltest Du Fragen oder Anregungen zur #Sommertour2013 haben, steht Dir unser Pressesprecher Alex (hahn@julis.de) gern zur Verfügung.



Und wofür das alles?!

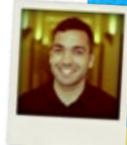
Warum wir Wahlkampf für die FDP machen



Im Bundestagswahlkampf 2013 werden wieder viele JuLis auf Leitern steigen, um FDP-Plakate aufzuhängen. Sie werden sich über Wochen die gleichen Reden anhören und pflichtbewusst applaudieren, wenn der Redner nach dem Begriff "Mittelstand" die obligatorische Klatschpause einbaut. Anschließend lassen sie sich von ihren linken Mitschülern oder Kommilitonen anpöbeln und schlagen sich dann die Nacht um die Ohren - irgendjemand muss die beschädigten Plakate schließlich einsammeln und die Flyer für den nächsten Tag abholen.

Und wofür das alles? Viele JuLis reißt es nicht gerade vom Hocker, wenn Rainer Brüderle Geldwertstabilität ins Grundgesetz schreiben oder Philipp Rösler für die nächsten 100 Jahre nur noch mit der Union koalieren will. Trotzdem kämpfen wir auch 2013 wieder für einen Erfolg der FDP. Denn abseits der lauten Wahlkampftöne gibt es Vorhaben der FDP, die eine deutliche Handschrift der JuLis tragen. Bei diesen Punkten lohnt es sich tatsächlich, für die FDP Wahlkampf zu machen:

Konstantin Kuhle (24) ist stellvertretender Bundesvorsitzender der JuLis und Spitzenkandidat der JuLis Niedersachsen zur Europawahl. Er kommt aus Niedersachsen und studiert Jura in Hamburg.



- e-mail kuhle@julis.de
- twitter [KonstantinKuhle](#)
- facebook [konstantin.kuhle](#)



Bürgerrechte

Eine Regel während der Vorbereitung von Wahlkämpfen lautet: Der Wähler belohnt nicht, er bestraft nur. Viele Wahlkämpfer aus den Reihen der JuLis werden auf das gängige Vorurteil, die FDP habe in der Bundesregierung nichts erreicht, trotz dieser Regel mit den Errungenschaften der Liberalen aus dem Bereich der Bürgerrechte antworten: Blockade der Vorratsdatenspeicherung, Abschaffung der Netzsperrern und Blockade von ELENA und ACTA. Viele rechnen auch die Aussetzung der Wehrpflicht dem Bereich der Bürgerrechtspolitik zu.

Angesichts der aktuellen Geheimdienst-Affäre, aber auch vor dem Hintergrund immer neuer Initiativen zur Beschneidung der Bürgerrechte auf europäischer Ebene, etwa eine Neuauflage von Netzsperrern oder das beharrliche Drängen auf eine Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung, gewinnt das Thema Bürgerrechte im Wahlkampf an Bedeutung.

Vielfach heißt es, die Bürgerrechte würden in der FDP nur durch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vertreten. Richtigerweise ist die Bundesjustizministerin die Garantin schlechthin für eine klare Kante gegenüber der Union, wenn es um die Verteidigung der Grundrechte geht. Aber sie steht mit dieser Position nicht allein. Die Gespräche vieler JuLis mit liberalen Abgeordneten und die Beschlüsse vieler unserer Kongresse auf allen Ebenen tragen erheblich zur Sensibilisierung der FDP für das Thema Bürgerrechte bei. Es lohnt sich, diese starke Stellung der JuLis auch im Wahlkampf offensiv nach außen zu vertreten.

Die Glaubwürdigkeit der FDP im Bereich der Bürgerrechte ist ein Pfund im Wahlkampf. Zum ersten Mal seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat eine Bundesregierung Freiheitseinschränkungen wieder zurückgenommen. Wir machen Wahlkampf für die FDP, damit eine glaubwürdige Bürgerrechtspartei Teil der Bundesregierung bleibt.



Europa

Die JuLis sind für den Europäischen Bundesstaat. Allzu oft wird dieses Ziel jedoch zum weltfremden Ideal verklärt, dass man als JuLi-Mitglied ohne nähere Begründung gut finden muss. Auch die FDP hat diese Forderung der JuLis mittlerweile aufgegriffen und bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl zu einem durch eine Volksabstimmung legitimierten Bundesstaat.

Ein Bundesstaat ist aus unserer Sicht keine bloße weitere Entwicklungsstufe Europas, sondern die Lösung vieler Probleme der heutigen EU. Die FDP fordert wie die JuLis, das Europäische Parlament zu einem „Vollparlament“ mit vollem Gesetzgebungs- und Haushaltsrecht auszubauen und die Kompetenzen zwischen Unionsebene und Mitgliedsstaaten klar zu regeln. Der Bundesstaat ist damit keine bloße Worthülse, sondern ein Plan zu mehr Demokratie. Aus unserer Sicht muss damit auch ein Klagerecht des einzelnen Bürgers verbunden sein, um europäische Grundrechte einklagen zu können. Auch wenn von außen immer wieder anderes behauptet wird - die FDP steht auch in schwierigen Zeiten zu Europa.

Schluss mit Schulden

Die FDP bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zur Bekämpfung der Staatsverschuldung. Für uns JuLis sind weniger Schulden nicht nur eine ökonomische Forderung, sondern ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wenn Sozialdemokraten, Grüne und Linke von „Kaputtsparen“ lamentieren, sollte sich jeder vor Augen führen, dass im Bundeshaushalt heute mehr Geld für Zinsen als für den Bildungsetat ausgegeben wird. Das muss sich dringend ändern.

Die Schuldenbremse ist bereits heute Teil des Grundgesetzes. Der Bund darf jedoch theoretisch bis ins Jahr 2016 hinein im bisherigen Umfang neue Schulden aufnehmen. Erst dann muss im Bundeshaushalt die Grenze von 0,35 % des BIP bei der Neuverschuldung eingehalten werden. Damit gilt der Haushalt als „strukturell ausgeglichen“. Dank der FDP wurde dieses Ziel bereits für den Bundeshaushalt 2014 erreicht.

Für uns JuLis ist ein Haushalt erst ausgeglichen, wenn tatsächlich nur so viel Geld ausgegeben wird wie an Einnahmen zur Verfügung steht. Deswegen haben wir durchgesetzt, dass im FDP-Programm zur Bundestagswahl eine Subventionsbremse gefordert wird. Dabei soll das Gesamtvolumen an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vorab gesondert und vom Haushalt getrennt festgelegt und stufenweise abgeschmolzen werden.

Wer heute die Politik rot-grüner Landesregierungen verfolgt, stellt fest, dass ein zeitliches Ausreizen der Schuldenbremse zu den festen Vorhaben von SPD und Grünen gehört. Daher verdient die Haushaltspolitik der FDP die Unterstützung der JuLis im Wahlkampf.



Gesellschaftspolitik

In der Gesellschaftspolitik hat sich in den letzten Jahren einiges in der FDP getan. Während der Kohl-Jahre waren die Liberalen für das starre Ausländerrecht und ein verkrustetes Familienbild mitverantwortlich. Im Wahlprogramm der FDP für die kommende Bundestagswahl fordert die FDP eine Ausweitung doppelter Staatsbürgerschaften und eine aktive Integrationspolitik, beispielsweise durch mehr Vorbilder im öffentlichen Dienst und ein Nutzen der Sprachkompetenzen vieler Migranten in Deutschland.

Familienpolitisch steht die FDP für die volle Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie für eine Öffnung der Ehe. Die FDP greift in ihrem Wahlprogramm die Idee der JuLis für ein neues Institut der Verantwortungsgemeinschaft auf. Die FDP mag oft nicht danach aussehen - aber gesellschaftspolitisch gehört sie damit zur Avantgarde in Deutschland.

Fest steht: Wir JuLis lehnen, etwa mit unsystematischen Umsatzsteuersenkungen für einzelne Gruppen, Betreuungsgeld und Leistungsschutzrecht, einzelne Vorhaben der aktuellen Regierungskoalition entschieden ab. Den Kampf für Bürgerrechte, Generationengerechtigkeit, die Zukunft Europas und eine offene Gesellschaft teilen wir mit der FDP. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Ich sag dir, wie du zu lieben hast!

Eine Bestandsaufnahme unseres intimsten Lebensbereichs und was die Politik zu sagen hat.

Wenn Menschen sich entscheiden, dauerhaft eine Beziehung einzugehen und für einander da zu sein in guten wie in schlechten Zeiten, passiert das meist durch das Gefühl der Liebe und zwei Menschen beginnen das Leben in der Ehe. Nicht nur Liebe ist ein Leitmotiv. Ein einfaches Geborgenheitsgefühl, Vertrautheit, Sicherheit und das Versprechen, im Alter nicht allein zu sein, kann Menschen dazu bewegen, eine dauerhafte Gemeinschaft einzugehen. Das an sich ist nichts Ungewöhnliches und überrascht heutzutage niemanden mehr. Prinzipiell findet unsere Gesellschaft dieses gemeinschaftliche Zusammenstehen unterstützenswert. Wenn ein 30-jähriger seit fünf Jahren mit seiner Freundin zusammen ist, muss man sich den neugierigen Fragen der Verwandtschaft zur noch nicht gemachten Hochzeitplanung stellen. Doch leider soll nur die „richtige“ Art von Menschen und Zusammenlebensformen unterstützt werden. Warum kommt es sonst dazu, dass solch eine Verbindung mit allen Rechten, wie Adoptions-, Steuer- und Unterhaltsrecht nur zwischen einem Mann und einer Frau in Deutschland möglich ist? Laut Statistischem Bundesamt lebt ca. die Hälfte der gleichgeschlechtlichen Paare (56% der Männer und 44% der Frauen) als eingetragene Lebenspartnerschaft in einem Haushalt zusammen. Die steigenden Tendenzen zeigen an, dass die Nachfrage nach mehr Eintragungen sogar noch größer werden wird. Erst durch das richtungweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches die Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaften als verfassungswidrig erklärt, gewährte der Bundestag eingetragenen Lebenspartnerschaften nun auch das Ehegattensplitting. Die Gleichstellung beim Adoptionsrecht für Homosexuelle bleibt aus. Damit ist Deutschland im europäischen Vergleich mit Dänemark, Belgien, Frankreich, Niederlanden, Spanien, UK und Schweden rückständig.



Es gibt die unterschiedlichsten Familienmodelle, die in Vielzahl bestehen, aber nicht vom Staat akzeptiert oder unterstützt werden, wie z.B. Alleinerziehende, Patch-Work-Familien, Rentner-WGs ect. Wenn sich beispielsweise jemand entscheidet, mit mehr als einem Partner eine ernsthafte Beziehung zu führen, trifft das in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis. Jedoch kommt es häufiger vor, als man denkt. Warum drängt man diese Menschen in Erklärungszwang? Sollte nicht jeder in der Liebe frei sein dürfen? Was hat der Staat in unseren Schlafzimmern verloren, geschweige denn in unserem Herzen?

Muss sich jede Gruppe, die momentan diskriminiert und benachteiligt wird, erst einzeln durch auffallende Protestaktionen ihr Recht erkämpfen? Es ist des Staates Aufgabe die Trends einer Gesellschaft zu erkennen und auf die Bedürfnisse zu reagieren. Wenn der Staat immer nur dort nachgibt, wo gekämpft wird, verliert er seine Legitimation. Denn der Staat sollte moralisch besser sein, moralische Leitprinzipien setzen und es ist der Realität völlig fern, dieses Leitprinzip auf eine Mann-Frau-Ehe zu beschränken. Deswegen fordern die JuLis die eingetragene Verantwortungsgemeinschaft. Das bedeutet die Übernahme von Rechten genauso wie Pflichten gegenüber einem oder mehreren Menschen, welche als Institution der Ehe gleichgestellt ist.

Dabei geht es nicht nur um Steuererleichterung, sondern gesellschaftliche Akzeptanz und den Freiraum für das Treffen von verantwortungsvollen Entscheidungen für sein eigenes Leben und das seiner Liebsten zu geben.

Dabei bildet die eingetragene Verantwortungsgemeinschaft die Lösung für alle Konzepte, ohne die Tradition von Stetigkeit und Verantwortungsversprechen einer oder mehreren Personen gegenüber zu brechen.

In dem Moment, in dem bspw. LGTBs eine dauerhafte Bindung eingehen wollen und dies unter einem gesonderten Namen passieren muss

oder staatlich generell nicht durchgeführt werden kann, wird diese Bindung staatlich mit einem abnormalen Label besetzt. Ein Überbau wie die eingetragene Verantwortungsgemeinschaft vermeidet diskriminierende Labels und lässt den größtmöglichen Spielraum.

Nicht jeder fühlt sich mit dem Gedanken wohl, eine Gleichstellung der verschiedensten Zusammenlebensformen zu akzeptieren. Vielleicht mögen nun viele denken, dass die heilige Ehe dadurch entwertet wird. Eine kirchliche Trauung mit all ihren traditionellen Prozeduren solle weiterhin über die eingetragene Verantwortungsgemeinschaft hinaus möglich sein. Die Angst vor einer Degradierung ist völlig unbegründet. Genau weil die Ehe so einen besonderen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat, möchten Menschen die Ehe eingehen, auch wenn sie nicht die klassischen Merkmale dafür erfüllen. Es ist sogar notwendig, das Konzept zu öffnen. Denn wenn man all diese Menschen ausschließt, fördert man nicht das, was man eigentlich möchte: Menschen, die freiwillig und langfristig Verantwortung für andere übernehmen. Der Staat ist nicht in der Lage, für alle Menschen in dem Sinne zu sorgen, wie es jeder braucht, aber er kann den Rahmen dafür schaffen, dass Menschen für einander da sind. Diese Fürsorge muss frei gestaltbar sein, sodass sich jeder in seiner Verantwortung wohlfühlen kann und nicht in dem Ausleben dieser diskriminiert wird. Denn für jemanden langfristig zu sorgen, kann nicht von realitätsfremden alten Strukturen bestimmt werden. Akzeptanz in der Gesellschaft muss durch gleiche Ausgangspositionen unterstützt werden. Dafür muss der Staat den rechtlichen Rahmen setzen. Und das bedeutet das Einführen der eingetragenen Verantwortungsgemeinschaft.

Ein Umdenken verlangt uns viel ab. Schließlich ist es nicht einfach seine Wohlfühlansichten aufzubrechen. Dort hinzudenken, wo es vielleicht zu erst weh tut, aber nur so kann ein Zustand erreicht werden, der andere Lebenszusammenschlüsse toleriert und nicht beurteilt und vielleicht kann man danach auch erst wirklich sagen, welches Konzept zum persönlichen Wohlbefinden führt. Ein gesellschaftlicher Automatismus setzt Menschen unnötig in Lebenslagen, die sie eigentlich nicht wollen und die der Dauerhaftigkeit der Beziehung und ihrer Glückseligkeit im Weg stehen. Man muss den Menschen dazu erziehen, das zu sagen, was er möchte, und das zu tun, was ihm gut tut. Das heißt, wenn Oma das nächste Mal fragt, wann man die Freundin heiratet, sollte man sich die Zeit nehmen und ihr erklären, dass die Freundin eigentlich ein Freund ist oder dass es vielleicht sogar zwei gibt. Keine Sorge, sie wird keinen Herzinfarkt bekommen, vielleicht erinnert sie sich an die 68er. Anstatt einer Bewegung wollen die Julis einen dauerhaft fairen gesellschaftlichen Rahmen bauen und versuchen ihrer Umwelt verständlich zu machen, dass es unterschiedliche Verantwortungsgemeinschaften gibt, denen allen die gleichen Rechte zustehen und die alle durch tiefe Gefühle zu anderen Menschen geknüpft werden, nicht nur durch das Standesamt.

Madlen Stottmeyer (27), Mitglied der JuLis Trier und Mitarbeiterin an der Universität Wien

e-mail madlen.stottmeyer@gmx.net



„Eine Gesellschaft braucht Regeln – die Frage ist nur wie viele?“

DR. REGINE WOLFGRAMM
General Manager Qualitätsmanagement bei Reemtsma

Wir bei Reemtsma sind der Ansicht, dass jede Gesellschaft Regeln für den Umgang miteinander braucht. Zu viele Regeln führen jedoch schnell in eine Verbotskultur. Wir sollten nicht vergessen: Die Selbstbestimmung des Einzelnen ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Reemtsma leistet hier seinen ganz eigenen Beitrag. So unterstützen wir zum Beispiel mit dem Reemtsma Begabtenförderungswerk die Ausbildung junger Menschen aus sozial schwachen Umfeldern. Denn Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Nur so hat unsere Gesellschaft eine Zukunft.
www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.



ANZEIGE

gürtlerbachmann



REEMTSMA

Auf eine Dose Ravioli mit Lasse Becker

Lieber Lasse, der Wahlkampf ist im vollen Gange – nicht nur die Bundestagswahl naht mit großen Schritten und wird eine politische Richtungsentscheidung für unser Land mit sich bringen. Auch der Bayerische und der Hessische Landtag werden im September neu gewählt. In allen drei Fällen geht Schwarz-Gelb im günstigsten Fall in die „Verlängerung“.

Was spricht für Dich dafür, dass das ein Erfolg auf ganzer Linie wird, wir also die Regierungsbeteiligung sowohl im Bund, wie auch in den beiden Bundesländern halten können?

Wir haben inzwischen den Trend sehr eindeutig auf unserer Seite. In meiner Heimat Hessen haben die Grünen binnen eines Monats 4 Prozent verloren, wir Liberalen haben gewonnen. Ja, der Anfang der Legislatur war alles andere als optimal, aber gerade in den letzten zwei Jahren haben wir viel bewegt: Strukturell ausgeglichener Haushalt, keine Vorratsdatenspeicherung, Aussetzung der Wehrpflicht. Wir haben mehr Freiheit für dieses Land bewirkt und werden das auch in der nächsten Legislaturperiode in Bayern, Hessen und Deutschland tun.

Als Teil unserer JuLi Kampagne „Lebe Freiheit“ fährt aktuell unser Großbus in 16 Tagen durch die 16 Bundesländer, um möglichst viele Leute davon zu überzeugen unseren JuLi-Kandidaten und der FDP ihre Stimmen zu geben. Was sind Deine Kernargumente, die vor allem junge Wähler ansprechen und ihnen aufzeigen sollen, dass wir die beste Wahl für ihre Zukunft sind?

Den Kampf gegen die Schuldenberge und für den Schutz der Bürgerrechte wird es nur mit den JuLis und der FDP geben. Die Union und die SPD wollten doch in Wahrheit mit der Vorratsdatenspeicherung so etwas wie privates PRISM light für Deutschland und jeden überwachen. Und SPD und Grüne wollen immer mehr Ausgaben und damit uns, die jungen Menschen, enteignen: Jeder Cent Schulden muss hinterher von uns bezahlt werden.

Schlussendlich wollen nur wir Freiräume zum eigenen Handeln schaffen. Nur wir vertrauen den Menschen und glauben an sie, damit sie selbst entscheiden können, was sie wollen. Das ist Freiheitsliebe.

Wir haben für die Bundestagswahl unter dem Titel „Das sehe ich anders!“ ein eigenes Wahlprogramm erarbeitet und beschlossen. In welchen Teilen sind wir JuLis für Dich hier progressiver und fortschrittlicher als unsere Mutterpartei?

Wir haben bei Themen wie den Lohnuntergrenzen oder der Trennung von Kirche und Staat klarere Positionen. Auch bei anderen Themen wie Europa oder der Reform der sozialen Sicherungssysteme haben wir einen klareren ordnungspolitischen Kompass. Bei wichtigen Themen wie der Subventionsbremse gegen Schulden haben wir uns aber auch gegen die Parteiführung im Parteitag durchgesetzt und die FDP ist jetzt – wie auch zum Beispiel bei der Verantwortungsgemeinschaft in der Familienpolitik – auf unserer Linie.

Du selbst bist seit Wochen in ganz Deutschland unterwegs, zum Beispiel zusammen mit Alex Hahn auf der #Sommertour2013, und sprichst mit zahllosen Journalisten und Bürgern. Was waren Deine schönsten Erlebnisse und Gespräche in dieser Zeit?

Es gab total viele tolle und einprägsame Momente. Ob bei der Schrottrengatta am Bodensee, mit den JuLis Bayern beim Flashmob im Bayerncamp, in Schleswig-Holstein beim Beachvolleyball, bei der „Das sehe ich anders“-Aktion mit den Thüringer JuLis oder mit den JuLis Flyern in NRW: In ganz Deutschland haben wir supermotivierte JuLis. Wir brauchen jeden von Euch jetzt im Kampf.

Was ist für Dich persönlich das Wichtigste, was wir in den letzten Jahren Regierungsbeteiligung durchsetzen konnten, zum einen aus Sicht von uns JuLis, zum anderen aus der Sicht der Partei?

Für beide: Die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und den Ausgleich des Haushalts. Beides Dinge, die für die JuLis sehr zentral

sind. Aber auch die Aussetzung der Wehrpflicht ist etwas, was verdammt stolz macht.

Und welche Entscheidung war Deines Erachtens die schlechteste?

Am Anfang der Legislatur zu lange zu warten und sich zu streiten, statt zu regieren. Ganz konkret noch das Betreuungsgeld der CSU. Das war einfach familienpolitisch unsinniges Hochsetzen der Schulden.

Wahlabend 22. September – die Hochrechnungen zeigen an, dass die Schwarz-Gelbe Koalition für vier weitere Jahre regieren kann. Was wären dann für Dich die wichtigsten Baustellen und Beschlüsse, die anzugehen wären? Unter welchem Leitbild sollten diese vier Jahre stehen?

Schulden abbauen, Bürgerrechte schützen. Wir müssen aber auch die sozialen Sicherungssysteme reformieren und Bildungschancen eröffnen. Als Leitbild muss auf jeden Fall mehr Freiheit für Deutschland und jeden Einzelnen gelten.

Lasse Becker (30) ist Bundesvorsitzender der JuLis und Promotionsstudent.

e-mail becker@julis.de
twitter lassebecker
facebook lassebecker
web www.lassebecker.de





IFLRY Executive Committee in Bangkok

Vom 21. bis 23. Juni fand der IFLRY-Kongress in Bangkok statt. Was unser weltweiter Dachverband IFLRY ist, wusste ich vorher allenfalls von unserer Homepage, da ich zum ersten Mal delegiert war. Mit Spannung bin ich daher nach Bangkok geflogen.

Für mich persönlich war das auch das erste Mal in Asien. Um mehr von Land und Leuten mitzubekommen und damit sich ein Trip in die ca. 9.000 km entfernte Metropole richtig lohnt, bin ich schon am Wochenende davor losgeflogen. Ich muss sagen, dass ich wirklich beeindruckt war. Man spürt auf Schritt und Tritt, dass Thailand auf den Tourismus bestens eingestellt ist. An jeder Ecke wurden wir gebeten in umgebaute Mofas zu steigen (so genannte „Tuck-Tuck’s“), die uns für einen Euro oder zwei an unser Ziel bringen könnten.

Nun aber zur eigentlichen Veranstaltung:

Ein Kongress unserer Dachorganisation ist mit einem JuLi-Kongress nicht zu vergleichen. Die Internationalen haben während des Kongresses Arbeitsgruppen und Workshops. Auch Punkte wie Grußworte und Reden nehmen wesentlich mehr Zeit des Wochenendes ein. Die Beratung der Inhalte wird in den angesprochenen Arbeitsgruppen gründlich vorbereitet und beim Kongress mehr oder minder übernommen. Zähe Diskussionen in gewohnter deutscher Gründlichkeit (ersetze „dass“ durch „“) gab es nicht. Allerdings meist auch keine anderen großen Änderungen an den Ursprungstexten. Alles in allem aber spannende Diskus-

sionen, besonders durch die unterschiedlichen Hintergründe der Teilnehmer.

Mich persönlich hat aber besonders mein Zimmernachbar beeindruckt: ein Liberaler aus Sri Lanka. In seiner Heimat wird der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstellt, sie unterhalte Beziehungen zu terroristischen Organisationen. Dementsprechend haben die staatlichen Medien auch alle, die mit der Stif-

sich nehmen, um beispielsweise für Rede- und Meinungsfreiheit zu kämpfen, ist auf jeden Fall in ganz anderen Sphären anzusiedeln. Auch das ist mir in der Diskussion auf dem IFLRY-Kongress nochmal deutlich bewusst geworden. Mein Fazit: Ich will weiter mitkämpfen!

Stefan Schartner (28), IFLRY-Delegierter
e-mail: Schartner@julis.de



zung in Zusammenhang stehen, ausfindig gemacht und wochenlang im TV deren Profile ausgestrahlt. Der Hinweis dazu lautete: „Diese Person arbeitet mit der Stiftung zusammen, die sich auch im terroristischen Milieu aufhält.“

Vielleicht haben wir es in Deutschland auch manchmal schwer. Zum Beispiel sich im Wahlkampf auf den Marktplatz zu stellen, wenn die eigene Partei droht, an der 5% Hürde zu scheitern. Aber was andere Liberale in der Welt auf



Online gibt's noch mehr

Summer Academy von ALDE, LYMEC und YDE

Anfang Juni habe ich mit etwa 80 anderen Teilnehmern an der Summer Academy der Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE) und ihrer Jugendorganisation LYMEC (europäischer Dachverband der JuLis) in Kooperation mit den Young Democrats for Europe (YDE) im Europäischen Parlament in Brüssel teilgenommen. Die Summer Academy stand ganz im Zeichen der Europawahlen im nächsten Jahr unter dem Motto „Voice of the Youth“ [...]

Den ganzen Erfahrungsbericht von Linda Amamra kannst du online lesen. Scan einfach den QR-Code!



Internationale Arbeit der JuLis – mach mit!

1) Erhalte Ausschreibungen und Infos!

Du willst über unsere internationalen Aktivitäten auf dem Laufenden bleiben und regelmäßig interessante Informationen und Ausschreibungen zu internationalen Events im In- und Ausland bekommen? Dann melde dich einfach für unsere internationale Mailing-Liste an, indem du eine leere Mail an JuLis_International-subscribe@yahoogroups.de schickst. Dort werden Ausschreibungen für internationalen JuLi-Veranstaltungen, von unseren Dachorganisationen LYMEC (europäische Ebene) und IFLRY (weltweite Ebene) oder anderen Partnerverbänden verschickt. Aber auch weitere interessante internationale Veranstaltungshinweise/Seminare/Ausschreibungen/..., erhältst du darüber. Auch bei Facebook haben wir eine spezielle Seite: JuLis International.

2) Gestalte die Inhalte!

Einer unserer JuLi-Bundesarbeitskreise (BAK) beschäftigt sich mit internationaler Politik. Dort kannst du ausgiebig diskutieren und Inhalte mit erarbeiten, die dann auf Bundeskongressen eingereicht werden und nicht nur unsere nationale Beschlussammlung erweitern, sondern von uns auch bei LYMEC oder IFLRY eingebracht werden können, wenn sich das thematisch anbietet. Bei Fragen zum BAK Internationales kannst du dich einfach an die BAK-Leiterin Alice wenden (alice.schmidt@julis.de).



Noch Fragen?

Falls du Fragen zur internationalen Arbeit der JuLis hast, kannst du dich gerne an unsere International Officer Miriam (miriam.reinartz@julis.de) wenden. Wir freuen uns, dich bald bei einer internationalen Veranstaltung zu sehen!

3) Lass dich aufstellen!

Werde Delegierte/r oder Ersatzdelegierte/r für LYMEC oder IFLRY.

Die Delegierten und Ersatzdelegierten werden jedes Jahr auf dem Bundeskongress im Herbst gewählt und vertreten uns dann ein Jahr lang auf den Kongressen von LYMEC oder IFLRY. Wenn du Interesse an einer Kandidatur hast, wende dich einfach im Vorfeld zum Kongress an unsere International Officer Miriam.

Werde Mitglied im Internationale Komitee (IntKom).

Die Mitglieder des IntKom arbeiten der International Officer direkt zu und helfen beispielsweise bei der Organisation von internationalen Projekten und Seminaren, der Ausgestaltung der Kontakte zu internationalen Verbänden des liberalen Spektrums und der Betreuung internationaler Gäste bei Veranstaltungen. Bewerben kannst du dich dafür immer bis zum Freitag des Frühjahrsbundeskongresses, berufen werden die Mitglieder des IntKom dann vom neu gewählten Bundesvorstand. Der Start der Bewerbungsfrist mit den genauen Modalitäten wird im JuLi-Newsletter rechtzeitig bekannt gegeben.

Impressum

jung-liberal ist das MitgliederMagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P): Michael Lindner (lindner@julis.de); Stellvertretung: Jeanine Weiss

Autoren: Linda Amamra, Lasse Becker, Alexander Hahn, Arian Kriesch, Konstantin Kuhle, Michael Lindner, Thomas Möhle, Alexander Plahr, Miriam Reinartz, Lisa Rossel, Eva Christina Scharbatke, Stefan Schartner, Madlen Stottmeyer, Johannes Wolf.

Lektorat: Christian Bauer, Ulrich Lechte, Katrin Säckel, Johannes Wolf.

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Seite 10: C/L / photocase.com

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



Für die kommende Ausgabe können gern ab sofort Artikelvorschläge und Ideen an die Chefredaktion eingesandt werden.

Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an lindner@julis.de schicken.



Weil Sie später keinem auf der Tasche liegen wollen. Die Pflege-Zusatzversicherung.

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Letztlich müssen unsere Kinder für unsere Pflege aufkommen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de